

Schultes: Österreich verbraucht zuviel Kohle, Öl und Gas - Klimaschutzgesetz daher dringend notwendig

Die Vereinbarung der Landesumweltkonferenz mit BM Berlakovich für eine gemeinsames Klimaschutzgesetz ist wichtig und kann nur unterstützt werden. Mit Respekt vor der österreichischen Verantwortungsverteilung soll jeder Verantwortungsträger auf seinem Platz die notwendigen Maßnahmen treffen. Bis 2013 wird die Regierung die Konsequenzen für alle zu tragen haben. Für die Zeit danach akzeptieren die Bundesländer, dass die Ziele verbindlich erreicht werden und dass Kosten, die aus den internationalen Verpflichtungen entstehen, auch von den Bundesländern mitgetragen werden. Deswegen ist der heutige Beschluss der Landesumweltreferentenkonferenz mit dem Umweltminister zum Klimaschutzgesetz ein wichtiger Schritt, zeigte sich heute, Freitag, ÖVP-Umweltsprecher Abg. Ing. Hermann Schultes zufrieden.

Konkret werden in der heutigen Einigung folgende Eckpunkte festgehalten:

- Keine Änderung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern.
- Die Aufteilung der Emissionshöchstmengen auf Sektoren für die Verpflichtungsperiode 2013 bis 2020 auf Basis der völkerrechtlichen bzw. unionsrechtlichen Vorgaben sowie die Ausarbeitung der Maßnahmen wird zwischen Bund und Ländern in einer Artikel 15a-Vereinbarung ausverhandelt. Die Aufteilung der Emissionshöchstmengen soll im Bundesklimaschutzgesetz verankert werden.
- Die Kostentragung zwischen Bund und Ländern bei Nichteinhaltung der Verpflichtungen ab 2013 wird - unter Berücksichtigung der bisher erbrachten Leistungen - gesondert geregelt. Das Bundesklimaschutzgesetz definiert Maßnahmenbereiche zur Reduktion von Treibhausgasemissionen; die Umsetzung von konkreten Maßnahmen erfolgt durch die zuständigen Gebietskörperschaften.
- Der Bundesminister wird ersucht, die Verhandlungen auf Basis des gegenständlichen Beschlusses zügig fortzusetzen.
- Für die Kyoto-Verpflichtungsperiode (2008 bis 2012) leisten die Bundesländer keinen finanziellen Beitrag.

"Eine Folge der Ölkatastrophe im Golf von Mexiko wird ein Innovationsschub bei erneuerbaren Energien in den USA sein. Wir sind daher gut beraten, unseren Vorsprung in Teilbereichen der erneuerbaren Energien mit aller Kraft zu verteidigen. Der Beschluss der Landesumweltreferenten der gemeinsam mit Bundesminister Berlakovich gefasst wurde, wird uns auch für die Umsetzung der Energiestrategie helfen, das Ziel 34% erneuerbare Energie bis 2020 sowie eine Stabilisierung des Endenergieverbrauch zu erreichen", schloss Schultes.